

Glaser, Edith

## **Pädagogik und Politik. Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen und seine Empfehlungen als ein Beitrag zur Wissensgeschichte der Erziehungswissenschaft in der frühen Bundesrepublik**

Reh, Sabine [Hrsg.]; Glaser, Edith [Hrsg.]; Behm, Britta [Hrsg.]; Drope, Tilman [Hrsg.]: *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990*. 1. Auflage. Weinheim; Basel : Beltz Juventa 2017, S. 88-107. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 63)



Quellenangabe/ Reference:

Glaser, Edith: Pädagogik und Politik. Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen und seine Empfehlungen als ein Beitrag zur Wissensgeschichte der Erziehungswissenschaft in der frühen Bundesrepublik - In: Reh, Sabine [Hrsg.]; Glaser, Edith [Hrsg.]; Behm, Britta [Hrsg.]; Drope, Tilman [Hrsg.]: *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990*. 1. Auflage. Weinheim; Basel : Beltz Juventa 2017, S. 88-107 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-207981 - DOI: 10.25656/01:20798

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-207981>

<https://doi.org/10.25656/01:20798>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# **BELTZ JUVENTA**

<http://www.juventa.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

63. Beiheft

April 2017

# **ZEITSCHRIFT FÜR PÄDAGOGIK**

---

**Wissen machen. Beiträge zu einer  
Geschichte erziehungswissen-  
schaftlichen Wissens in Deutschland  
zwischen 1945 und 1990**

**BELTZ** VERLAG **JUVENTA**

Zeitschrift für Pädagogik · 63. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik · 63. Beiheft

**Wissen machen.  
Beiträge zu einer Geschichte  
erziehungswissenschaftlichen  
Wissens in Deutschland  
zwischen 1945 und 1990**

Herausgegeben von

Sabine Reh, Edith Glaser, Britta Behm und Tilman Drope

**BELTZ** JUVENTA

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, bleiben dem Beltz-Verlag vorbehalten.

Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 80336 München, bei der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.



ISSN: 0514-2717

ISBN 978-3-7799-3516-2 Print

ISBN 978-3-7799-3517-9 E-Book (PDF)

Bestellnummer: 443516

1. Auflage 2017

© 2017 Beltz Juventa

in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Hannelore Molitor

Satz: text plus form, Dresden

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autoren und Titeln finden Sie unter: [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

# Inhaltsverzeichnis

*Britta Behm/Tilman Drope/Edith Glaser/Sabine Reh*  
Wissen machen – Beiträge zu einer Geschichte  
erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland  
zwischen 1945 und 1990. Einleitung zum Beiheft ..... 7

## **Kontinuitäten des Wissens?**

*Julia Kurig*  
,Abendländische Bildung‘ gegen den ,Geist der Technokratie‘ –  
Zur Rekonstruktion geisteswissenschaftlicher Wissensformen  
und humanistischer Bildungskonzepte im pädagogischen Diskurs  
der frühen Nachkriegszeit ..... 16

*Britta Behm*  
Zu den Anfängen der Bildungsforschung in Westdeutschland 1946–1963.  
Ein wissenschaftsgeschichtlicher Blick auf eine ,vergessene‘ Geschichte ..... 34

## **Wissen und Beratung**

*Norbert Grube*  
Bildungspolitische Beratung durch das Allensbacher  
Institut für Demoskopie in der Bundesrepublik von 1950  
bis zum Ende der 1980er Jahre ..... 70

*Edith Glaser*  
Pädagogik und Politik. Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs-  
und Bildungswesen und seine Empfehlungen als ein Beitrag  
zur Wissensgeschichte in der frühen Bundesrepublik ..... 88

## **Wissen und Steuerung**

*Eckhardt Fuchs/Kathrin Henne*  
Wissensaustausch international – Schulbuchrevision und das Internationale  
Schulbuchinstitut in Braunschweig nach dem Zweiten Weltkrieg ..... 108

*Rita Nikolai/Kerstin Rothe*

Entscheidungen in der Schulpolitik. Begründungsmuster von Parteien und die Rolle von Wissen .....	124
--	-----

*Sandra Wenk*

Das Ringen um die „Wirklichkeit der Dorfschule“ und die Reform des ländlichen Schulwesens in den 1960er Jahren .....	143
---	-----

### **(Erziehungswissenschaftliches) Wissen und Praxis**

*Sabine Reh*

„Angewandte Erziehungswissenschaft“ – Lehrkräfte als „Zeitweilige wissenschaftliche Mitarbeiter“ der HIPF in den 1950er Jahren .....	164
---	-----

*Monika Mattes*

Von der Leistungs- zur Wohlfühlschule? Die Gesamtschule als Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und pädagogischer Wissensproduktion in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970 und 1980er Jahren .....	187
---	-----

*Heinz-Elmar Tenorth*

Die „Erziehung gebildeter Kommunisten“ als politische Aufgabe und theoretisches Problem – Erziehungsforschung in der DDR zwischen Theorie und Politik .....	207
---	-----

Edith Glaser

## Pädagogik und Politik

*Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen und seine Empfehlungen als ein Beitrag zur Wissensgeschichte der Erziehungswissenschaft in der frühen Bundesrepublik*

**Zusammenfassung:** Der Beitrag thematisiert die Arbeit des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, das erste Bildungsberatungsgremium in der jungen Bundesrepublik. Hierfür werden unter Bezugnahme auf Ludwik Flecks „Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv“ und unter wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive die Binnenverhältnisse der Ausschussarbeit, die Zirkulation von Wissen und die Repräsentation nach außen, beispielhaft anhand der Sitzungsprotokolle, analysiert. Leitend ist dabei die Frage nach der Funktion des Politischen bei der Durchsetzung von erziehungswissenschaftlichem Wissen.

**Schlagnote:** Geschichte der Erziehungswissenschaft, Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, Rahmenplan, erziehungswissenschaftliche Politikberatung

### 1. Einleitung

Am 17. April 1959 präsentierte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen auf einer Pressekonferenz in Bonn den Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens („Rahmenplan“, 1966).<sup>1</sup> Dieser Vorschlag zur Neustrukturierung des Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland basierte auf der fast sechsjährigen Arbeit einer Gruppe von vier Frauen und 23 Männern. Nach vorheriger Abstimmung zwischen den Kultusministerien der Länder und dem Bundesinnenministerium waren diese Sachverständigen vom Bundespräsidenten Theodor Heuss berufen worden. Den Rahmenplan vorbereitend und zugleich zu einigen ausgewählten aktuellen schul- und bildungspolitischen Themen Stellung nehmend erarbeitete der Deutsche Ausschuss vorab 14 Empfehlungen und Gutachten.<sup>2</sup> Elf Jahre später – am 13. Februar 1970 – verabschiedete die Bildungskommission des Deut-

---

1 Abgedruckt in Bohnenkamp, Dirks und Knab (1966, S. 59–115). Dort ist als Datum der 4. Februar 1959 angegeben. Auf der Tagesordnung der 36. Sitzung, die vom 12. bis 14. Februar 1959 stattfand, ist als ein Punkt die Verabschiedung des Rahmenplans aufgeführt. Im Protokoll heißt es: „Die Veröffentlichung des Gutachtens, für die vom Ernst-Klett-Verlag ein Sonderdruck angefertigt wird, soll am 17. April in Bonn im Rahmen einer Pressekonferenz erfolgen“ (Deutscher Ausschuss, Dez. 1958–Feb. 1959).

2 Bis zur Auflösung des Deutschen Ausschusses kamen nochmals 13 hinzu. Diese sind alle abgedruckt in Bohnenkamp et al. (1966).



schen Bildungsrats den Strukturplan für das Bildungswesen (Deutscher Bildungsrat, 1970). Konzipiert haben diesen zwei Wissenschaftlerinnen und 16 Wissenschaftler, die in das 1965 neu eingesetzte Gremium gewählt worden waren. Auch diesem Reformwerk gingen einige veröffentlichte Empfehlungen voraus und begleitend dazu waren fast 100 Gutachten in Auftrag gegeben worden.

Jeder der beiden Pläne bezieht intensiv wissenschaftliches Wissen mit ein. Erziehungswissenschaftliche, bildungssoziologische, bildungsphilosophische, juristische, ökonomische und politologische Wissen wurden gezielt in Handlungsempfehlungen für die Politik umformuliert und mündeten schließlich – nach der Transformation durch die politischen Entscheidungsträger – in mehrere Strukturveränderungen, die sich bis heute im deutschen Schulwesen – aufgrund des föderalistischen Systems aber nicht überall – finden lassen: die Förderstufe<sup>3</sup>, die Gesamtschule, Verlängerung der Hauptschule um eine Schuljahr, Neustrukturierung der gymnasialen Oberstufe etc.

Rückblickend wird diese immense Produktivität beider Bildungsberatungsgremien aber unterschiedlich bewertet: Die Arbeit des Deutschen Bildungsrates gilt einerseits als wissenschaftlich fundiert, politisch abgesichert und umsetzungsorientiert angelegt, weil über die frühe Einbeziehung politischer Entscheidungsträger in die Regierungskommission die Machbarkeit schulischer Reformvorschläge intern geprüft und angepasst werden konnte (vgl. u. a. Führ, 1998). Andererseits interpretierte Andreas Flitner<sup>4</sup>, der diesem Gremium nicht angehört hat, viele der vom Deutschen Bildungsrat vorgeschlagenen Strukturveränderungen im Bildungswesen als einen „mißratene[n] Fortschritt“, der durch „pädagogische Irrtümer, Fehleinschätzungen und Ungunst der Bedingungen“ (Flitner, 1977, S. 10) produziert worden sei.<sup>5</sup> Für andere steht der Deutsche Bildungsrat beispielgebend für ein bis in die Gegenwart reichendes Missverhältnis zwischen Erziehungswissenschaft und Politik (vgl. u. a. Leschinsky, 2005), das die „Politisierung von Expertise“ (Tenorth, 2014, S. 158) zugelassen habe. Die Arbeit des Deutschen Ausschusses wird abwertend als diejenige eines „zahnlosen Tigers“ eingeschätzt, weil – so der Ettlinger Kreis<sup>6</sup> – empirische Kenntnisse fehlten, er mit einem „dilettantischen Verfahren so vieles übersichtlich und ausgewogen zum Abschluß bringen [konnte], nur weil er so vieles nicht wußte und nicht wissen konnte“ (von Hentig, 1965, S. 50). So-

3 Diese wird heute als Orientierungsstufe geführt.

4 In der ZEIT vom 22. April 1966 hatte Andreas Flitner Hinweise für die wirkungsvolle Gestaltung der Arbeit in diesem Gremium gegeben und dabei auch die nicht personalisierte Veröffentlichungspraxis des Deutschen Ausschusses kritisiert (Flitner, 22.04.1966).

5 Wesentlich kritischer – für die zweite Phase von 1970 bis 1975 – beurteilten die Arbeit des Gremiums Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer (1986, S. 162–164).

6 Der Ettlinger Kreis entstand aus einem Kontakt zwischen dem Präsidenten des Deutschen Volkshochschulverbandes Hellmut Becker und dem Weinheimer Industriellen Hans Freudenberg, dem sich Vertreter mittelständischer Unternehmen und der Großindustrie anschlossen. Aus der ersten Zusammenkunft im Mai 1957 in Ettlingen bei Karlsruhe ging eine Erklärung hervor, in der die ungenügende Bildung der Jugendlichen und deren Folgen für das wirtschaftliche Wachstum beklagt wurde – eine Klage, die sieben Jahre später in einer Artikelserie von Georg Picht unter dem Titel „Bildungskatastrophe“ öffentlichkeitswirksam publi-

gar „bildungspolitischer ‚Mißerfolg‘“ (Kleemann, 1977, S. 150)<sup>7</sup> wurde ihm bestätigt, da die Kommunikation zwischen der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) kompliziert gewesen sei und mit der ‚Nichtbeantwortung‘ des Rahmenplans durch die Kultusminister das alte, vor dem Bestehen des Deutschen Ausschusses herrschende Spannungsgeflecht zwischen den Ländern und dem Bund wieder hergestellt werden konnte (Frey, 1976, S. 230). Eigentlich sei der Ausschuss „weder für den Bund noch für die Länder ein Instrument“ (Schorb & Fritzsche, 1966, S. 65) politischer Steuerung gewesen. Aber – und das ist eine Stimme jenseits deutscher ‚Kleinstaaterei‘ – mit dem Rahmenplan sei „die erste länderübergreifende Diskussion über das Schulwesen seit Kriegsende ausgelöst“ (Haernden, 1973, S. 97) worden.

Folgt man diesen vor allem in den zeitnahen Analysen gegebenen Einschätzungen und den Urteilen der Beteiligten, dann konzentriert sich die Frage nach der Wirksamkeit dieser beiden Bildungsberatungsgremien zum ersten auf die Funktion und Aufgabe solcher Gremien unter den Bedingungen föderaler Bildungspolitik (vgl. dazu auch Criblez & Glaser, 2011). Zum zweiten wurde die für den Deutschen Ausschuss fehlende institutionalisierte Vermittlung (Knab, 1978, S. 307; auch Raschert, 1980, S. 148) zwischen „Wissenschaftssystem einerseits und nichtwissenschaftlicher Öffentlichkeit andererseits“ (Hüfner & Naumann, 1977, S. 99) als Manko der Politikberatung konstatiert. Zum dritten waren viele der zeitgenössischen Einschätzungen von der Standortgebundenheit der Autoren geprägt, die entweder der KMK oder dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung nahe standen und deren Beurteilung des Deutschen Ausschusses zugleich auch der Legitimierung der neuen Berliner Forschungseinrichtung dienten.<sup>8</sup>

Diesen Einschätzungen, die sich am Kriterium erfolgreicher bildungspolitischer Umsetzung orientieren, setzt dieser Beitrag eine wissenschaftsgeschichtliche Perspektive (Speich Chassé & Gugerli, 2012; Vogel, 2004) entgegen und fragt – unter Bezugnahme auf Ludwik Flecks „Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv“ (1935/1999) – nach Arbeitsweise und Arbeitsergebnissen des Deutschen Ausschusses.<sup>9</sup> Konkret geht es dabei um die „Entfaltung der wissensgenerierenden Institution“ (Speich Chassé & Gugerli, 2012, S. 94), um die Binnenverhältnisse der Ausschussarbeit, um die Zirkulation von Wissen

---

ziert wurde. Zudem regte dieser Kreis immer wieder empirische Studien (vgl. z. B. Pröbsting & Pröbsting, 1962; Tollkötter, 1966) an. Die beiden Mitglieder des Deutschen Ausschusses, Felix Messerschmidt und Georg Picht, standen als Berater und Autoren dem Kreis nahe (vgl. dazu Gerber, 2004; Bluhm, 2017).

- 7 Kurt Frey, Generalsekretär der Kultusministerkonferenz von 1955 bis 1975, schrieb dazu das Nachwort und vermerkt dabei rückblickend: „Es kann schon an dieser Stelle vermerkt werden, daß dieser Wirkungs- und Gestaltungsprozeß später beim Deutschen Bildungsrat vor allem aufgrund der Beratungen und Erzeugnisse der ersten Phase weitaus stärker war“ (Frey, 1977, S. 171)
- 8 Die Rolle von Georg Picht und Hellmut Becker in der Gründungsphase des Instituts für Bildungsforschung und beider Sicht auf den Deutschen Ausschuss werden demnächst in einem separaten Beitrag publiziert.
- 9 In den Debatten der Kommission Wissenschaftsforschung der DGfE über die „Rekonstruktionen pädagogischer Wissenschaftsgeschichte“ machte Peter Vogel (1989) schon auf mögliche Folgen der „Historisierung der Wissenschaftstheorie“ aufmerksam.

und die Repräsentation nach außen.<sup>10</sup> Hierfür wird zunächst knapp auf die Beschreibung dieser beiden in der Erkenntnistheorie Flecks zentralen Begriffe – Denkstil und Denkkollektiv – Bezug genommen und diese auf ihren möglichen Ertrag für die Analyse von wissenschaftlicher Politikberatung<sup>11</sup> hin beschrieben. Danach wird eine spezifische Quellengattung vorgestellt, mit der – ergänzend zu Briefkorrespondenzen (vgl. dazu Priem & Glaser, 2002) – der Einfluss exogener Faktoren und der Arbeitsprozess gezeigt werden kann. Arbeitsauftrag und Arbeitsstil werden anhand ausgewählter Themen des Deutschen Ausschusses skizziert. Abschließend wird nach dem Ertrag einer Wissensgeschichte im erziehungswissenschaftlichen Feld gefragt, vor allem hinsichtlich der Funktion des Politischen bei der Durchsetzung von erziehungswissenschaftlichem Wissen.

## 2. Bildungsberatungsgremien als politisch gewollte Denkkollektive ?

Das Zusammentreffen der 20 Ausschussmitglieder bei der konstituierenden Sitzung des Deutschen Ausschusses am 22. September 1953 im Plenarsaal des Bundesrates in Bonn war nicht das einer sich selbst organisierten Interessensgruppe. Intensive Debatten in und zwischen den Kultusministerien über die Berufung möglicher Mitglieder gingen der feierlichen Einsetzung des ersten Bildungsberatungsgremiums in der jungen Bundesrepublik voraus. Erziehungsbeirat sollte ursprünglich der Name lauten und in der Tradition des 1915 gegründeten Zentralausschusses für Erziehung und Unterricht (vgl. dazu Tenorth, 1996) stehen. Auch wenn Erich Wende, der von 1950 bis 1953 als Staatssekretär die Kulturabteilung des Bundesinnenministers leitete, als politischer Initiator des Deutschen Ausschusses gilt, so gab es schon vorab von Seiten der Universitätspädagogischen Bestrebungen, wieder ein Beratungsgremium zu institutionalisieren.

Bereits im April 1951 hatte sich Wilhelm Flitner, selbst Vorsitzender des Schulausschusses der Westdeutschen Rektorenkonferenz (vgl. Glaser, 2015), an das spätere Ausschussmitglied Eugen Löffler, der zu diesem Zeitpunkt den Ausschuss für das Auslandsschulwesen in der KMK leitete, gewandt:

Der Sachverständigenausschuß, der uns vorschwebt, muß, so scheint mir, von allen Behörden und Staatsorganen unabhängig sein. Er soll u. U. die Opposition gegen die staatlichen Stellen beraten. Wenn auch augenblicklich durch Ihre Tätigkeit im Ausschuß der Kultusminister eine günstige Zeit des Ausgleichs vorhanden ist, so kann sich alles schnell ändern. Herrn Landahl<sup>12</sup> würde ich den Vollzug der Gründung mit-

10 Die kommunikative Praxis der Disziplin Erziehungswissenschaft anhand ihrer Fachzeitschriften hat für die Bundesrepublik Deutschland Edwin Keiner (1999) untersucht.

11 In der Geschichtswissenschaft sind es die Arbeiten von Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (2004), die sich mit der wissenschaftlichen Politikberatung im 20. Jahrhundert befassen.

12 Das SPD-Mitglied Heinrich Landahl war zwischen 1945 und 1953 Schulsenator der Hansestadt Hamburg und in dieser Funktion 1950/1951 Vorsitzender der KMK.

teilen, aber nicht den Anschein erwecken, als spiele es eine Rolle, ob er seine Erlaubnis gibt oder ob seine taktische Ansicht über die Opportunität der Gründung ausschlaggebend sein dürfte. Der Ausschuß wird seine Funktion nur ausüben können, wenn er auf der klaren demokratischen Auffassung beruht, dass die Sachverständigen-Voten der Öffentlichkeit sich mitzuteilen haben, ob es nun der Regierung im Augenblick gefalle oder nicht. Ich glaube, daß haben wir zu wenig mitbedacht. Wir müssten daher auch in Frankfurt, wenn wir uns erst einmal konstituiert haben, einen Präsidenten suchen, der behördenunabhängig wäre, wenigstens von den Ministerien. Kerschensteiner seinerzeit war es, auch in seiner Eigenschaft als Stadtschulrat. („Unterlagen bis zur Konstituierung“, 1951–1953)

Flitner definierte in diesem Schreiben schon zwei wesentliche Punkte – Unabhängigkeit von staatlichen Organen, Empfehlungen der Sachverständigen an die Öffentlichkeit –, die 1953 dann im Berufungsschreiben an die Mitglieder für die Arbeit des Ausschusses aufgenommen wurden.

Flitners Vorstoß wurde bei der Weinheimer Tagung des „Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e.V.“ im November 1951 weiter vorangetrieben. Dort verlangten Theodor Litt und Erich Weniger eine äußere und innere Reform der Schule, die aber nicht auf der Ebene der föderalen Struktur geschehen solle („Weinheimer Entschliebung“, 1953). Außerdem bedürfe es dafür „pädagogisch und politisch ausgereifter Vorlagen“ (Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern). Ein Gremium werde benötigt, „von unabhängigen, erfahrenen Männern und Frauen, das nicht beschließend, aber begutachtend und beratend an der Neugestaltung des deutschen Schulwesens mitzuwirken hätte“ (Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern). Nur wenige Tage nach der Weinheimer Tagung konkretisierte Wende in einem Schreiben an den Vorsitzenden der KMK das neu einzuberufende Gremium als eines von unabhängigen Persönlichkeiten und nicht von Vertretern von Verbänden. Nicht groß sollte es sein, die Kerngruppe 15 bis 20 Personen umfassen. Über die Frage der Berufung der Mitglieder nahm der Staatssekretär im Bundesinnenministerium die KMK wieder in die Pflicht, denn diese Entscheidung sollte nun in gemeinsamer Abstimmung erfolgen. Die einzelnen Länder schlugen insgesamt 76 Frauen und Männer vor, aus denen Landahl als amtierender Vorsitzender der KMK dann 22 Personen auswählte. Von den späteren Ausschussmitgliedern waren hier schon Eugen Löffler, der ehemalige Bremer Senator für Bildung, Christian Paulmann, der Herausgeber der Frankfurter Hefte, Walter Dirks, der Leiter des Internats Birklehof, Georg Picht, der Leiter der Volkshochschule Bremen, Fritz Borinski und Theodor Pfizer, der als Ulmer Oberbürgermeister den Schulausschuss des Deutschen Städtetags leitete, gelistet. Obwohl die führenden geisteswissenschaftlichen Pädagogen der Zeit Theodor Litt, Eduard Spranger, Herman Nohl, Wilhelm Flitner, Hans Wenke und Erich Weniger von einzelnen Kultusministerien vorgeschlagen worden waren, hatte Landahl keinen von ihnen berücksichtigt.<sup>13</sup>

13 Es steht noch aus, die personellen Veränderungen von der Landahlschen Liste hin zur Mitgliederliste vom 22. September 1953 anhand der Akten der KMK und des Bundesministe-

Schon allein die Gründungsgeschichte des Deutschen Ausschusses macht es schwer, ihn systematisch einzuordnen. Er ist kein *thinktank*, kein freiwilliger Zusammenschluss von Experten, der auf die politische Meinungsbildung Einfluss nehmen will. Er ist kein von einem politischen Entscheidungsträger ausgewähltes und ihm beigeordnetes Expertengremium. Es ist ein Beratungsgremium, welches – so im Berufungsschreiben – „von einem lediglich auf das Wohl der Gesamtheit gerichteten Standpunkt die Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesen zu beobachten und durch Rat und Empfehlung zu fördern“ („Aus dem Berufungsschreiben“, 1953/1966, S. 965) hat.<sup>14</sup>

Ich schlage vor, dieses Beratungsgremium mit Ludwik Fleck als „Denkkollektiv“, als „Gemeinschaft der Menschen, die im Gedankenaustausch oder in gedanklicher Wechselwirkung stehen“ (Fleck, 1935/1999, S. 54) zu fassen.<sup>15</sup> Jede dieser Gemeinschaften hat ihren eigenen „Denkstil“, das heißt ein „gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen“ (Fleck, 1935/1999, S. 130), der sich für den Deutschen Ausschuss vor allem in den Gutachten und Empfehlungen ausdrückt. Erweiterung oder Umwandlung des „Denkstils“ führt zu einer Veränderung des Wissens.<sup>16</sup> Dazu kommt es, weil die Mitglieder des Denkkollektivs Deutscher Ausschuss nicht nur einer speziellen Gruppe von Wissenschaftlern angehören, sondern zugleich zu mehreren ‚exoterischen‘ Kreisen Zugang haben. „Denkkollektive“ im Sinne Flecks sind äußerst bewegliche soziale Gemeinschaften,

---

riums des Innern zu überprüfen und die Argumente für Aufnahme und Ausgrenzung Einzelner auszuwerten.

- 14 Jan Schneider identifizierte vier Formen von Politikberatung: Expertise, Deliberation, Bargaining und Dezision. Die Arbeit des Deutschen Ausschusses war weitgehend eine „diskursive, vernunft- bzw. konsensorientierte Beratschlagung (Deliberation)“ (Schneider, 2010, S. 106).
- 15 Obwohl die Rezeption der „Lehre vom Denkkollektiv und Denkstil“ vornehmlich in Bezug auf die Wissensproduktion in naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen erfolgt, beschränkt Fleck seine erkenntnisleitenden Überlegungen nicht ausschließlich auf diesen Bereich (Fleck 1935/1999, S. 135–137). Ralf Klausnitzer (2014) nutzt Fleck für die Analyse wissenschaftlicher Schulen innerhalb der Sprachwissenschaften.
- 16 Dies wird von Fleck wie folgt beschrieben: „Die Verwicklung des menschlichen Lebens äußert sich in der gleichzeitigen Koexistenz vieler verschiedener Denkkollektive und in den gegenseitigen Einflüssen dieser Kollektive aufeinander. Der moderne Mensch gehört – zumindest in Europa – nie ausschließlich und in Ganzheit einem einzigen Kollektiv an. Von Beruf z. B. Wissenschaftler, kann er außerdem religiös sein, einer politischen Partei angehören, am Sport teilnehmen usw. Darüber hinaus partizipiert jeder im Kollektiv des praktischen Gedankens des ‚täglichen Lebens‘. Auf diese Weise ist das Individuum Träger der Einflüsse eines Kollektivs auf das andere. Es kreuzen sich in ihm bisweilen widersprechende, manchmal sorgfältig voneinander isolierte Denkstile (vgl. einen Physiker, der religiös ist), manchmal übertragen sich Elemente von einem zum anderen Stil, geraten sie aneinander, erliegen der Modifikation, assimilieren sich. Diese äußeren Einflüsse werden zu einem der Faktoren, die jenes schöpferische Chaos schillernder, sehr verwandelbarer Möglichkeiten hervorbringt, von denen später durch die stilisierende Wandlung innerhalb des Kollektivs eine neue Gestalt, eine neue ‚Entdeckung‘ entsteht“ (Fleck, 1936/2011, S. 289).

in denen nicht Uniformiertheit des Denkens herrscht, sondern in denen zahlreiche Einflüsse aufeinander wirken und für ständige Bewegung sorgen. Fleck betont die Bedeutung der Tradition und das kommunikative Zusammenwirken von mehreren Personen bei der Wissensproduktion. Kulturelle und soziale Kontexte bestimmen damit die Entstehung und Veränderung wissenschaftlichen Wissens.

Auch wenn Flecks Überlegungen vor allem auf die Produktion wissenschaftlichen Wissens bezogen entwickelt wurden, so sind sie – neben den von Michel Foucault festgestellten Disziplingrenzen übergreifenden Wissensformationen – richtungsweisend für eine Wissensgeschichte, die die Frage nach der Zirkulation von Wissen ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stellt. Denn es waren wissenschaftliche Kommunikationsprozesse, die im Deutschen Ausschuss zu den Empfehlungen führten. Hier trafen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Grete Henry, Hans Bohnenkamp, Adolf Butenandt, Paul Egon Hübinger, Hans Wenke, Erich Weniger), Vertreter und Vertreterinnen aus der pädagogischen Praxis (Anna Franken, Marianne Pünder, Liselotte Nold, Fritz Borinski, Karl Anton Ederer, Felix Messerschmidt, Georg Picht) sowie der evangelischen und katholischen Kirche (Heinz Brunotte, Michael Schmaus) zusammen, die noch in anderen Denkkollektiven eingebunden waren. Mit Christian Paulmann, Theodor Pfizer, Eugen Löffler, mit dem Präsidenten des Architektenbundes Otto Bartning und Walter Dirks als Herausgeber der Frankfurter Hefte hatte man bildungspolitisch erfahrene Männer berufen. Die in der Vorbereitung des Deutschen Ausschusses formulierte Forderung nach einem „von jeder behördlichen Einflußnahme unabhängige[m] Kreis von Persönlichkeiten“ („Aus dem Berufungsschreiben“, 1953/1966, S. 965) trifft nun allerdings nur bedingt auf den Kreis zu. Auch wenn sie nicht als Vertreter\*innen von Kultusministerien, KMK, Parteien, Gewerkschaften und Standesvertretungen berufen wurden, so beeinflussten sie mit ihren politischen Bezügen und ihren beruflichen Interessen die weitere Arbeit. Sie waren somit als „Individuum Träger der Einflüsse eines Kollektivs auf das andere“ (Fleck, 1936/2011, S. 289).

### 3. Quellen wissenschaftlicher Kommunikation – Sitzungsprotokolle

Die Arbeit des Deutschen Ausschusses ist gut dokumentiert. Mit einem über 1000 Seiten umfassenden Band, den die beiden Ausschussmitglieder Hans Bohnenkamp und Walter Dirks sowie die wissenschaftliche Mitarbeiterin Doris Knab 1966 herausgaben, wurden zwölf Jahre Arbeit von den Eröffnungsreden, über die einzelnen Empfehlungen und Gutachten bis hin zur Abschlusserklärung publiziert und der Öffentlichkeit übergeben. Auffallend dabei ist, dass in den wieder abgedruckten Dokumenten weder Autorenschaft nachgewiesen wurden noch Literaturlisten den wissenschaftlichen Referenzrahmen belegen. Nur die wechselseitigen Bezugnahmen auf einzelne Empfehlungen und Gutachten wurden gemacht. Der Rahmenplan beispielsweise kam lediglich mit 13 Fußnoten aus, in denen auf vier vom Deutschen Ausschuss erarbeitete Empfehlungen, auf die Entschließung der Ministerpräsidenten von 1954, seine Stellungnahme dazu sowie auf das Düsseldorfer Abkommen der Kultusministerkonferenz von 1955

verwiesen wurde.<sup>17</sup> Diese Anonymisierung des Wissens und der Akteure beschlossen die Ausschussmitglieder bereits 1955, als über die Veröffentlichung der Empfehlungen in einer Schriftenreihe im Klett Verlag gesprochen wurde. Mit dem Vorsitzenden Pfizer einig formulierte damals Weniger sehr bestimmt: „Wir geben in der gemeinsamen Anonymität unsere gemeinsame Arbeit“, fügte aber zugleich hinzu, dass diese Anonymisierung wissenschaftlichen Wissens für ihn „ein gewisses Opfer“ sei (Deutscher Ausschuss, Jan.–Juli 1959). Nachgereicht wurden von einigen Mitgliedern noch knappe Analysen (Knab, 1977, 1978; Pfizer, 1965; Richter, 1965; und (auto-)biographische Fragmente Löwe, 2004), die aber weder über die Kommunikation noch die Arbeitsweise innerhalb des Ausschusses informieren.

Die Arbeit des Deutschen Ausschusses ist gut archiviert. In seiner letzten Sitzung am 30. Juni 1965 regelten die Mitglieder noch die Überlieferung der Dokumente ihrer Arbeit. Dem Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft übergab man 1965 die Unterlagen zum „Zwecke der wissenschaftlichen Forschung“, verband damit die Auflage diese „nach dem Ablauf von zehn Jahren dem Bundesarchiv in Koblenz zu übertragen“ (Deutscher Ausschuss, Okt.–Juli 1965). Zudem nahmen die Ausschussmitglieder das aufbewahrende Institut in die Pflicht, dafür zu sorgen, „dass die Materialien, sowie Teile davon, zehn Jahre lang nicht veröffentlicht werden und daß in dieser Zeit Fragen der individuellen Urhebererschaft einzelner Gedanken und Formulierungen nicht öffentlich behandelt werden“, um „die Materialien gegen Mißbrauch“ (Deutscher Ausschuss, Okt.–Juli 1965) zu schützen.

Regelte der Ausschuss mit dieser Veröffentlichungspraxis sehr deutlich sein Bild als entpersonalisierter Wissensproduzent in der Öffentlichkeit, so bietet die Überlieferung der internen Korrespondenzen der Mitglieder und Gutachter sowie die externen Briefwechsel mit Ministerien, Interessensverbänden und anderen Organisationen sowie die z. T. sehr ausführlichen Protokolle der 71 zwischen September 1953 und Juli 1965 einberufenen Sitzungen ein vielschichtiges Bild des Gremiums. Gerade die Verlaufsprotokolle mit den beigegeführten verschiedenen Vorfassungen der Empfehlungen, den externen Gutachten sowie den geplanten Tagesordnungen nehmen eine Sonderstellung ein. Dort wurden die Ergebnisse nicht nur dokumentiert, sondern auch die internen Debatten festgehalten. In ihrer Ausführlichkeit hielten sie kleinschrittig die Arbeitsweise fest, erinnerten an vorgetragene Argumente, ordneten diese den einzelnen Mitgliedern zu und dokumentierten die nächsten Arbeitsschritte.

Zuständig für die zeitintensive Anfertigung der Protokolle war zunächst der Sekretär, Volker Fritsche, der von seiner Ehefrau bei dieser Arbeit unterstützt wurde. In einer 1955 geführten Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Protokolle als Ergebnisprotokolle oder die Beibehaltung der ausführlichen Verlaufsprotokolle zeigte sich die Bedeutung dieser Dokumente für die Ausschussmitglieder. Man sprach sich für die

---

17 Als Vergleich dazu weist beispielsweise das vbw-Gutachten „Bildung. Mehr als Fachlichkeit“ von 2015 299 Titel im Literaturverzeichnis nach, darunter sind 26 Veröffentlichungen von 12 am Gutachten beteiligten Expert\*innen (vbw, 2015, S. 161–194).

Beibehaltung der ausführlichen Form aus, denn wenn es diese nicht „gäbe, dann müssten wir mitschreiben. Das geht nicht gut. Ich muss frei diskutieren können“ (Deutscher Ausschuss, Juli–Jan. 1955). Zudem sei das Protokoll Erinnerungsstütze der letzten und Vorbereitung auf die nächste Sitzung. Das Gremium entschied sich schließlich für die Beibehaltung der ausführlichen Dokumentationsform und beschloss zur Entlastung des Sekretärs:

Die diesmal vorgelegte Form des gekürzten, chronologischen Protokolls (s. 13. Sitzungsbericht S. 2) findet noch nicht die volle Zustimmung aller Mitglieder. Nach einer Erörterung der Vorzüge wie Nachteile eines Kurzprotokolls regt Herr Messerschmidt an, mit der Anfertigung des Sitzungsberichtes der kommenden, 15. Tagung versuchsweise Fräulein Stud.-Referendarin Doris Knab zu betrauen, und sich erst dann zu entscheiden. Der Ausschuss ist mit diesem Vorschlag einverstanden. (Deutscher Ausschuss, 1953–1955)

Auch wenn die Protokolle nach der Veröffentlichung des Rahmenplans und dem Ausbau der Geschäftsstelle um weitere Mitarbeiterinnen (Doris Knab wurde seit 1959 als wissenschaftliche Mitarbeiterin geführt, 1961 kam die Wirtschaftspädagogin Ingrid Lisop als weitere wissenschaftliche Mitarbeiterin hinzu) immer mehr ergebnisorientiert ausgestaltet wurden, so bieten sie für die erste Amtszeit gerade in dieser Ausführlichkeit und durch die Benennung der Diskutant\*innen eine gute Quellenbasis für die Rekonstruktion der Arbeitsweise des Deutschen Ausschusses.<sup>18</sup>

#### 4. Arbeit am Plan: „Wir bauen uns ein kleines Hügelchen“<sup>19</sup>

Allgemein gehalten war der vom Bundesministerium des Innern und der KMK erteilte Arbeitsauftrag. Die „Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesen zu beobachten und durch Rat und Empfehlungen zu fördern“ („Aus dem Berufungsschreiben“, 1953/1966, S. 965) sollte Gegenstand der Gremienarbeit sein.

Diese gewollte Unbestimmtheit im Berufungsschreiben und die vielfältigen Anforderungen, die in den Eröffnungsreden auf der konstituierenden Sitzung am 22. September 1953 im Plenarsaal des Bundestages in Bonn an den Deutschen Ausschuss herangetragen wurden, verlangte schon in seiner für den gleichen Tag einberufenen ersten Sitzung nach einer Ordnung der Arbeit. Nicht Hans Wenke als gerade neu gewählter Vorsitzender, sondern Erich Weniger hatte die Aufgabe übernommen die zukünftige Zu-

<sup>18</sup> Eine systematische Darstellung der Auswertung der Protokolle und der Gesamtergebnisse bleibt einer anderen Publikation vorbehalten. Bei der Auswertung dieser seriellen Quelle wurden auch quellenkritisch die Produktion (z.B. Reflexion der überarbeiteten Versionen) und die Produzent\*innen miteinbezogen.

<sup>19</sup> Erich Weniger in seiner Rede über die Arbeitsweise des Deutschen Ausschusses am 22. September 1953 (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955).



sammenarbeit abzustecken. Er positionierte den Ausschuss hier nochmals in der Tradition des Zentralausschusses für Erziehung und Unterricht, erinnerte an den vom Institut für öffentliche Angelegenheiten verlangten Erziehungsbeirat und definierte somit den Deutschen Ausschuss als pädagogische Beratungsinstitution. Die englische Royal Commission und die schwedische Erziehungsberatungsinstitution benannte er als Vorbilder. Der Deutsche Ausschuss sollte zu keiner Konkurrenzorganisation der föderalen, von der KMK geregelten Verantwortungsbereiche werden. Aber die zersplitterte Struktur des Bildungswesens, die „von schwachen Mehrheiten“ oder als „taktischer Kompromiss“ beschlossenen „schwerwiegende[n] kulturpolitische[n] und schulpolitische[n] Entscheidungen“, denen keine pädagogischen Erörterungen vorausgingen, verstöre die Bevölkerung (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955). Die Zielsetzung der Ausschussarbeit sei nun die „geistige Einheit unseres Volkes“ herzustellen und „die erzieherische Verantwortung für die Jugend“ (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955) zu übernehmen.

Für die weitere Arbeit gab er vor, dass „pädagogische Gesichtspunkte“ leitend für die im Konsensprinzip zu fällenden Entscheidungen sein sollten. Dafür sei es wichtig, ein „freies, offenes und bewegliches Gespräch“, welches nach bestimmten „Faustregeln“ wie „uns bei Namen und nicht bei Titel anzureden“ geregelt sein sollte, zu ermöglichen und keine an politisch oder konfessionell bestimmten Fraktionierungen orientierte Sitzordnung zu planen. Wenn aber auch unter diesen Rahmenbedingungen keine Entscheidungsfindung möglich sei, dann werde man die „Verantwortung den politischen Instanzen überlassen“ (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955). Die im Berufungsschreiben schon in Aussicht gestellte Zusammenarbeit mit „sachkundigen Persönlichkeiten“ („Aus dem Berufungsschreiben“, 1953/1966, S. 965) konkretisierte der Göttinger Pädagoge dann in Bezug auf die bildungspolitischen Akteure wie KMK, Bundesministerium des Innern, Schulausschüsse der westdeutschen Rektorenkonferenz und des Städtetages, als Bildungsausschüsse der Gewerkschaften und der Industrie sowie Lehrervereine.

Ferner erstellte das Gremium in der ersten Sitzung eine Skizze seiner geplanten Arbeitsvorhaben. Es wurden 21 auf die Struktur des Bildungswesens bezogene Themen aufgelistet, die vom Kindergarten über „Probleme der mittleren Bildung“, „Reifeprüfung“, „Lehrer- und Erzieherbildung“ bis hin zu „Pädagogische Probleme eines deutschen Beitrags zur europäischen Verteidigung“ und zur „Rechtschreibreform“ (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955) reichten. Zudem formulierte man noch 19 schulformübergreifende gegenstandsbezogene Themen, die den Bogen von der Politischen Bildung über Frauenbildung bis hin zu einem „Deutsche[n] Institute zur Förderung des Erziehungswesens“ (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955) spannten.

Der Ausschuss gab sich zudem von Anfang an eine Arbeitsstruktur. Neben vier bis fünf Ausschusssitzungen pro Jahr sollten einige Ausschussmitglieder Unterausschüsse bilden, in denen die Empfehlungen gemeinsam vorbereitet werden sollten. Darüber hinaus konnten sich die Ausschussmitglieder mit externen Sachverständigen für einen Themenkomplex zusammentun. Bei komplexen Sachverhalten gab es dann darüber hinaus noch Unterkommissionen, zu der weitere Sachverständige hinzugezogen wer-

den konnten.<sup>20</sup> Über diese Organisationsstruktur wirkten insgesamt 120 Personen als externe Sachverständige mit und 36 Gutachten wurden in Auftrag gegeben.

Diese Form, sich extern Expertise zu beschaffen, stieß bei einigen Mitgliedern auf Widerstand. Der Chemiker Adolf Butenandt reflektierte 1955 seine ersten Erfahrungen mit dieser Arbeitsform:

Wir hatten bisher zweimal ein auswärtiges Gutachten erstatten lassen, Privatschule<sup>21</sup> und heute morgen die Kindergartenfrage.<sup>22</sup> Dann wurde bisher jedesmal der betreffende Gutachter gebeten, einen Entwurf zu einer Stellungnahme des Ausschusses zu machen. Das scheint bisher richtig gewesen zu sein, weil es sich um Dinge handelte, bei denen eine Meinung schon vorhanden war. Es sind eine Reihe von Laien hier, für die ich spreche, die bei solchen Gelegenheiten erstmalig mit der Materie vertraut gemacht werden. Sie werden von einem Gutachter damit vertraut gemacht und haben keine Möglichkeit, andere Stimmen zu hören. Sonst können die, die die Materie nicht kennen, nicht zu einer eigenen Meinungsbildung kommen. (Deutscher Ausschuss, Jan.–Jul. 1955)

Um einer einseitigen Meinungsbildung entgegenzuwirken, plädierte er für einen zweiten Gutachter, wenn dies von den Ausschussmitgliedern gewünscht werde. Butenandt hatte sich in der zweieinhalbstündigen Debatte über das Gutachten, auf das er sich in seiner Kritik bezog, nur mit einem Beitrag, jeder Grundschule einen Kindergarten vorzuschalten, eingemischt. In den anderen Redebeiträgen erörterte man sehr kenntnisreich die Differenz von Vorschule und Kindergarten, befasste sich mit religiösen Erziehungsfragen, hinterfragte die Arbeit mit Montessorimaterialien, verlangte die Verbesserung der Jugendleiterinnenausbildung und die der Kindergärtnerinnen, besprach ‚milieubedingte‘ Unterschiede hinsichtlich der Kindergartenfrage, u. a. m. Abschließend beauftragte der Vorsitzende die beiden Ausschussmitglieder Henry und Nold mit Hoffmann an der Empfehlung zu arbeiten.

Kamen mit dem Gutachten von Hoffmann Fragen des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule zur Sprache, so verwiesen die für den Deutschen Ausschuss gutachtenden Soziologen Helmuth Schelsky und Ludwig Neundörfer sowie der Erlanger Sozialwissenschaftler Georg Weippert auf andere Aspekte wissenschaftlicher Zu-

20 Aufgrund des knapp bemessenen Finanzbudgets musste die Zahl der externen Sachverständigen je Unterausschuss auf fünf beschränkt werden. Die Arbeit der Ausschussmitglieder wurde finanziell nicht honoriert. Für die Sachverständigen waren für 1955 und 1956 insgesamt 7000,00 DM bzw. 6000,00 DM eingestellt worden. Die Höhe für die einzelnen Gutachten variierte zwischen 400,00 DM für Ilse Rother und 3000,00 DM für Wilhelm Flitner (Deutscher Ausschuss Sep. 1953–Nov. 1954).

21 Das Privatschulgutachten legte der Jurist Hans Heckel von der Hochschule für internationale pädagogische Forschung in Frankfurt am Main vor.

22 Mit diesem Gutachten war Erika Hoffmann, damals Leiterin des Kasseler Fröbelseminars, beauftragt worden.

arbeit.<sup>23</sup> In seinem am 13. 6. 1956 vorgelegten Gutachten „Soziologische Bemerkungen zur Rolle der Schule in unserer Gesellschaft“ äußerte sich Schelsky disziplinkritisch im Hinblick auf die Soziologie und die Erziehungswissenschaft zu seinen Empfehlungen:

Es gibt weder im Raum der deutschen Soziologie noch, soviel ich sehe, im Raume der Erziehungswissenschaften eine echte, die gegenwärtigen Verhältnisse aufklärende Schulsoziologie. So fehlt z. B. eine wirklich beweiskräftige empirische Erfassung der Wünsche der Eltern an die Schule und ihrer sozialen Hintergründe. Was hier vortragen wird, muß also aus anderen, nicht speziell schulsoziologisch gerichteten empirischen Untersuchungen erschlossen werden. [...] Als die für die Erziehung und das Erziehungswesen wichtigsten sozialen Veränderungen unserer Gesellschaftsverfassung möchte ich folgende vier ansehen: Veränderungen des sozialen Status-Systems unserer Gesellschaft (Klassen- und Schichtungsstrukturen); Wandlungen der sozialen Rolle und der inneren Struktur der Familie; Wandlungen der Produktionsstruktur und die damit zusammenhängenden Veränderungen der Arbeits- und Berufswelt; Wandlungen der Konsumstruktur der Gesellschaft und die damit entstehenden Freizeitproblematik. (Deutscher Ausschuss, 1955–1960)

Der Soziologe verwies hier schon auf die später in Zusammenhang mit der Kritik am Rahmenplan geäußerten Defizite empirischer Forschung in der wissenschaftlichen Pädagogik (vgl. Behm in diesem Heft). Aber auf diese Defizitdiagnose gingen die Ausschussmitglieder in der Debatte nicht weiter ein. Vielmehr motivierten die soziologischen Gutachten die Erarbeitung „positiver Vorschläge“ (Deutscher Ausschuss, März–Dez. 1956). Dabei zeichneten sich bereits 1956 zwei Punkte ab, die später für den Rahmenplan zentral werden: Die Studienschule und die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schultypen. Weniger machte sich für „zwei Schultypen: die Volksschule, die eine ‚mittlere Elementarbildung‘ vermittelt, und eine in sich stark gegliederte Höhere Schule, die eine ‚allgemeine höhere Grundbildung‘ zum Ziel hat“ stark (Deutscher Ausschuss, März–Dez. 1956). Messerschmidt, Picht und Weniger plädierten für „eine besondere Form der Höheren Schule“, für die „Studioschule; aber auch sie müsste elementaren, propädeutischen Charakter haben“ (Deutscher Ausschuss, März–Dez. 1956). Einig waren sich die Mitglieder hinsichtlich der Fragen des Übergangs: „Jedem Kind, das sich nach gründlicher Erprobung als ungeeignet für eine bestimmte Schulform erweist, muss eine andere Bildungsmöglichkeit mit angemessenen sozialen Chancen gewiesen werden (Henry, Bohnenkamp, Löffler)“ (Deutscher Ausschuss, März–Dez. 1956).

Die von Weniger zu Beginn der Arbeit des Deutschen Ausschusses vorgenommene räumliche Positionierung – auf einem „Hügelchen“ –, leicht erhöht zwischen KMK und Bundesministerium des Innern thronend, symbolisierte die gewollte Unabhängigkeit

23 Die Einzelgutachten der drei Sozialwissenschaftler umfassten folgende Themen: Weippert – Ländliche Sozialstruktur und ihre Konsequenzen für Erziehung und Bildung; Schelsky – Beruf und Freizeit als Erziehungsziele in der modernen Gesellschaft; Neundörfer – Wandlungen innerhalb der modernen Gesellschaft in Bezug auf Erziehung und Bildung.

des Beratungsgremiums in den föderalen Bildungsstrukturen. Über die gewählten Arbeitsformen und -strukturen, vor allem durch die bewusste Einbeziehung externer pädagogischer und soziologischer Expertise, öffnete sich der Deutsche Ausschuss gezielt exoterischen Einflüssen, die von den Erziehungswissenschaftler\*innen im Ausschuss als bereichernd, von den Nicht-Erziehungswissenschaftler\*innen als steuernd und bevormundend – wie der Einwand von Butenandt zeigt – wahrgenommen wurden.

## 5. Kommunikation, Konkurrenz und Publizität: „Unsere Artikel ,kommen nicht an“<sup>24</sup>

Die Konkurrenz zwischen dem Deutschen Ausschuss und der KMK war von Beginn an angelegt. Mit der Berufung der Ausschussmitglieder durch den Bundespräsidenten konnte der schwelende Konflikt zwischen Bund und Ländern noch befriedet werden, aber Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) betonte bereits bei der feierlichen Einsetzung im September 1953 seine Zwischenstellung: „Der Ausschuss ist keine Institution des Bundes allein – [...] und keine Einrichtung nur der Kultusminister der Länder“ („Ansprachen“, 1953/1966, S. 968). Wenngleich die Konstituierung des Ausschusses öffentlichkeitswirksam in Bonn vollzogen wurde und die Zeitungsberichterstattung darüber ausführlich ausfiel, sorgte bereits eine Entscheidung bei der ersten Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 5. Februar 1954 für große Empörung im Deutschen Ausschuss. In ihrem Beschluss hatten die Ministerpräsidenten die KMK beauftragt, „binnen fünf Monate[n] Vorschläge auszuarbeiten; um die Zahl der Schultypen zu begrenze[n], den Beginn des Schuljahres einheitlich festzusetzen und die allgemeine Anerkennung der Reifezeugnisse zu sichern“ (von Zühlsdorff, 11.02.1954). Empört über die Nicht-Adressierung des Deutschen Ausschusses und zugleich auch resigniert angesichts der fehlenden Wahrnehmung stellten die Ausschussmitglieder fest: „Da die Neugestaltung des deutschen Schulwesens auch zum Aufgabengebiet des Deutschen Ausschusses gehört, ist anzunehmen, dass die Länderchefs von seiner Existenz keine Kenntnis haben“ (Deutscher Ausschuss, Jan.–Jul. 1955). Der Ausschussvorsitzende Wenke reagierte darauf mit einem Schreiben an die damalige Präsidentin der KMK, die nordrhein-westfälische Kultusministerin Christine Teusch. Er suchte zum einen die Solidarität der KMK – weil die „Vereinfachung und Vereinheitlichung des Schulwesens in Westdeutschland einen Kernpunkt der gegenwärtigen Schulpolitik trifft“ –, erinnerte zum anderen an seinen Arbeitsauftrag und sah in einer von den Ministerpräsidenten verlangten kurzfristigen Regelung „nur eine äusserliche Angleichung [...], die der künftigen Entfaltung des Schulwesens im Wege stehen würde“ (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Nov. 1954). Zugleich kündigte er in diesem Schreiben schon „einen später vorzulegenden Plan“ – den 1959 dann vorgestellten Rahmenplan – an, in dem dann „die Erfordernisse der Gesamterziehung in der Schule beachtet“ werden (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Nov. 1954). Die von den Ministerpräsidenten der Länder verlangte

24 Feststellung von Theodor Pfizer (Deutscher Ausschuss, Jan.–Jul. 1955).

äußere Angleichung des Schulwesens vollzog die KMK dann – ohne Rücksprache mit dem Deutschen Ausschuss – 1956 mit dem auf zehn Jahre angelegten Düsseldorfer Abkommen, das in dieser langfristigen Verbindlichkeit den Reformvorschlägen des Ausschusses klare Grenzen setzte und Realisierungsmöglichkeiten erst für Mitte der 1960er Jahre eröffnete.

Nach der Klage über die fehlende öffentliche Wahrnehmung verlangte im Gegenzug die KMK vom Deutschen Ausschuss, „grössere Publizität“ (Deutscher Ausschuss, Jan.–Jul. 1955) zu zeigen, also quasi das in den Empfehlungen aufbereitete Wissen in der interessierten Öffentlichkeit zirkulieren zu lassen. Aber die erste Pressekonferenz am 22. Februar 1955, bei der Picht, Messerschmidt und, als erfahrener Redakteur, Dirks teilnahmen, erfüllte nicht die in sie gesetzten Erwartungen.

Die meisten Zeitungen machten keinen Unterschied zwischen grundsätzlichen und organisatorisch-technischen Fragen. Sie berichteten so verkürzt, unzutreffend und z. T. unsachlich, dass der Leser ein nur unvollständiges oder falsches Bild davon bekommen konnte, was der Ausschuss der Öffentlichkeit hatte sagen wollen. (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955)

Ihrer Kritik an den „masslos unsachverständige[n] und entstellende[n] Berichte[n]“ (Deutscher Ausschuss, Jan.–Jul. 1955) wollten sie aber keine eigenen Veröffentlichungen in der Tages- und Wochenpresse entgegensetzen, „weil unsere Artikel abweichen von der Journalistik“ (Deutscher Ausschuss, Jan.–Jul. 1955). Das Düsseldorfer Abkommen führte im März 1956 im Deutschen Ausschuss zu einer ersten „grundsätzliche[n] Aussprache über die weitere Arbeit“ (Deutscher Ausschuss, März.–Dez. 1956), die mit dem Ergebnis abschloss, dass der Kontakt zur KMK und zu den leitenden Beamten der Kultusministerien intensiviert werden müsse. Zudem sollten die Mitglieder verstärkt an Fachtagungen teilnehmen, um die erarbeiteten Empfehlungen in die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zurückzuführen. Außerdem wurden die Arbeitsvorhaben neu gewichtet und drei Themen als „dringliche Arbeiten“ definiert:

1. Entwürfe zur vorschulischen Erziehung, zur Grundschule und zu den auf ihr aufbauenden weiterführenden Schulen, zum Übergangsproblem sowie zur ‚Grundständigkeit‘ der Höheren Schule.
2. Eine zusammenfassende Untersuchung über die Bedeutung der soziologischen Strukturveränderungen in den letzten Jahrzehnten für die Neuordnung des Erziehungs- und Bildungswesens.
3. Ein interner Rahmenentwurf zum Schulaufbau. (Deutscher Ausschuss, März.–Dez. 1956)

Als am Jahresende der Deutsche Ausschuss erneut „Bestrebungen [beobachtete], andere Gremien mit Aufgaben zu betrauen, die zum Auftrag des Ausschusses gehören“, legte er als weitere Strategie fest,

die Stellung des Ausschusses gegenüber Bund und Länder und gegenüber der Öffentlichkeit stärker als bisher zur Geltung zu bringen. Die Mitglieder werden daher

gebeten, ihre Bemühungen um Kontakt mit den Ministerien ihrer Länder zu verstärken (Borinski); außerdem sollte die Öffentlichkeit über Presse, Rundfunk und Fernsehen mit den Aufgaben und der Arbeitsweise des Ausschusses vertraut gemacht werden (Franken). (Deutscher Ausschuss, 1956–1960)

Messerschmidt brachte in dieser Diskussion sogar die Option ein, „die Selbstauflösung“ des Gremiums gegenüber KMK und Bundesregierung anzudrohen. Dieser finale Schritt wurde jedoch zurückgestellt, weil man hoffte, „die Belange des Ausschusses vor dem kulturpolitischen Ausschuss des Bundestages zu vertreten. Die stärksten Bemühungen müssen nach wie vor der Fertigstellung und Veröffentlichung der Gesamt-Empfehlung gelten“ (Deutscher Ausschuss, 1955–1960). Den politischen Konflikt mit den beiden bildungspolitischen konkurrierenden Organisationen meidend setzte der Ausschuss weiter auf Sacharbeit, um mit dem „Rahmenentwurf“, der „Gesamtempfehlung“, d. h. mit dem dann 1959 vorgelegten Rahmenplan schließlich überzeugen zu können.

Als am 17. April 1959 auf einer Pressekonferenz in Bonn der Rahmenplan 20 Journalist\*innen vorgestellt wurde, sprachen fünf Mitglieder des Deutschen Ausschusses. Der Vorsitzende Löffler konzentrierte sich auf die Beschreibung der Arbeitsweise des Ausschusses; Henry, Bennholdt-Thomsen, Bohnenkamp und Messerschmidt präsentierten die Inhalte (Deutscher Ausschuss, April–Nov. 1959). Die bei dieser Pressekonferenz anwesenden Pressevertreter waren die üblichen Bezugspersonen für den Deutschen Ausschuss, allen voran Brigitte Beer von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der freie Journalist, Helmut Lindemann, ein Bekannter Georg Pichts. Die in diesem Rahmen laut gewordene Forderung, der Ausschuss solle sich um die politische Umsetzung seines Rahmenplans bemühen, lehnten die Mitglieder mit dem formalen Argument ab, dies sei nicht „Sache des Ausschusses nach seinem gegenwärtigen Auftrag“ (Deutscher Ausschuss, April–Nov. 1959). Zwar reisten Löffler und Bohnenkamp anschließend zu einer Sitzung der Kultusministerkonferenz, stellten sich auch der Debatte im Schulausschuss der Westdeutschen Rektorenkonferenz und verfolgten den Umgang mit dem Rahmenplan durch die politischen Entscheidungsträger. Aber in die öffentliche Debatte darüber griff der Ausschuss nur noch sehr verhalten ein. Er veröffentlichte eine Auswahl kritischer Stimmen zum Rahmenplan und begleitete diese mit einer erläuternden bzw. rechtfertigenden Stellungnahme („Zur Diskussion“, 1960/1966; vgl. auch Schorb, 1960). Bereits im Juli 1959 entschied man sich für die Weiterarbeit an den „Einzelempfehlungen zur Ausfüllung des Rahmenplanes, zur Berufsbildung und Erwachsenenbildung sowie [an den] Themen Religiöse Erziehung und Hochschulreform“ (Deutscher Ausschuss, April–Nov. 1959).

## 6. Fazit

Hatte Erich Weniger in der konstituierenden Sitzung des Deutschen Ausschusses engagiert die Arbeit vorstrukturiert sowie bildungspolitische und pädagogische Themen platziert, dabei selbst Empfehlungen zur Politischen Bildung und zur Lehrerbildung im

wesentlich mitgetragen, stellte er im Januar 1960 resigniert und dabei auf den Arbeitsauftrag verweisend fest: „Der Ausschuss tritt nicht etwa selber in die kulturpolitischen Auseinandersetzungen ein. Es ist nicht seines Amtes, für die einzelnen vorgeschlagenen Versuche, wie des ‚Rahmenplans‘ überhaupt zu kämpfen“ (Deutscher Ausschuss, Jan.–Mai 1960). Die Idee vom „kleine[n] Hügelchen“ (Deutscher Ausschuss, Sep. 1953–Sep. 1955), das zwischen den Zielsetzungen der KMK auf der einen Seite und denen des Ministeriums des Innern auf der anderen Seite gebaut und von dem feldherrengeleitet das Gefecht um die Neuordnung des Bildungswesens gesteuert werden sollte, realisierte sich nicht. Der eingangs referierte Vergleich zwischen den beiden Bildungsberatungsgremien Deutscher Ausschuss und Deutscher Bildungsrat sollte nicht über die Kategorie des politischen Erfolgs beurteilt werden, weil die Kriterien für diesen selten genau gefasst werden. Mit den zentralen Begriffen der Fleckschen Erkenntnistheorie – Denkkollektiv und Denkstil – rückt das Binnenverhältnis der Ausschussarbeit, die „Bereitschaft für gerichtetes Wahrnehmen und entsprechendes Verarbeiten des Wahrgenommenen“ (Fleck, 1935/1999, S. 187) in den Fokus und zugleich auch die Historizität wissenschaftlichen Wissens. Das machtpolitische Agieren der KMK und das u. a. auf verwandtschaftliche Beziehungen bauende und systematisch aufgebaute Netzwerk eines Hellmut Becker favorisierte in einem sich neuformierenden und in dem zu gründenden Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft sich verortenden Denkkollektiv bildungssoziologisches Wissen. Diesem versierten Netzwerker hatten die in der systematischen Politikberatung wenig erfahrene Ausschussmitglieder wenig entgegenzusetzen.

Nach dieser resignierenden, die (von außen) gesetzten Grenzen akzeptierenden Zwischenbilanz der Akteure eröffnen sich drei Fragen hinsichtlich künftiger Untersuchungen bildungspolitischer Beratungsgremien als eines Beitrags zur Wissensgeschichte von Erziehung und Bildung: 1) Denkkollektive sind keine stabilen Zusammenschlüsse von sehr langer Dauer. Auf den Deutschen Ausschuss bezogen wäre besonders hinsichtlich der Aus- und Zuwahl neuer Mitglieder – das Vorschlagsrecht lag beim Ausschuss – auch danach zu fragen, inwieweit diese Zuwahl der Ergänzung oder der Stabilisierung des Denkstils diene. 2) Wissenszirkulation ist ein zentrales Moment von Wissensgeschichte. Ist dies ein anonymer Vorgang oder sind Träger des Wissens auszumachen? 3) Die beiden Mitglieder Picht und Löffler wurden später auch als Mitglieder des Deutschen Bildungsrats bestellt. Was qualifizierte diese personelle Kontinuität?

Richtet man seinen Blick gerade auch auf Akteure in der Wissensgeschichte, dann sollten Netzwerkanalysen hinzugezogen werden, um die mehrfache Präsenz Einzelner in unterschiedlichen Denkkollektiven noch genauer identifizieren zu können.

**Quellen und Literatur**<sup>25</sup>

- Ansprachen bei der Konstituierung des Ausschusses (1953/1966). In H. Bohnenkamp, W. Dirks & D. Knab (Hrsg.), *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen – Gesamtausgabe* (S. 968–980) Stuttgart: Klett.
- Aus dem Berufungsschreiben (1953/1966). In H. Bohnenkamp, W. Dirks & D. Knab (Hrsg.), *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen – Gesamtausgabe* (S. 965) Stuttgart: Klett.
- Bluhm, C. (2017). *Der Ettlinger Kreis: ein vergessener Akteur der Berufsbildungsreformen in der Bundesrepublik Deutschland (1957–1977)*. Dissertation, Universität Kassel.
- Bohnenkamp, H., Dirks, W., & Knab, D. (Hrsg.) (1966). *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen – Gesamtausgabe*. Stuttgart: Klett.
- Criblez, L., & Glaser, E. (2011). Demokratische Bildungspolitik zwischen Föderalisierung und Internationalisierung. In L. Ludwig (Hrsg.), *Bildung in der Demokratie. 2. Tendenzen – Diskurse – Praktiken* (S. 123–139). Opladen: Barbara Budrich.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (Sep. 1953–Nov. 1954). *1.–9. Tagung*. (B154/70). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (1953–1955). *1.–15. Tagung*. Nachlass Georg Picht (N1225/260). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (Sep. 1953–Sep. 1955). *1.–14. Tagung*. (B154/88). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (Jan.–Juli 1955). *10.–13. Tagung*. (B154/71). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (1955–1960). *Gutachten, Protokolle, Mitteilungen, Bildungspläne*. Nachlass Georg Picht (N1225/264). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (März–Dez. 1956). *17.–21. Tagung*. (B154/73). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (1956–1960). *16.–37. Tagung*. Nachlass Georg Picht (N1225/261). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (Dez. 1958–Febr. 1959). *35.–36. Tagung*. (B154/77). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (April–Nov. 1959). *37.–39. Tagung*. (B154/78). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (Jan.–Mai 1960). *40.–42. Tagung*. (B154/79). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen (Okt. 1964–Juli 1965). *67.–71. Tagung*. (B154/87). Bundesarchiv, Koblenz.
- Deutscher Bildungsrat (Hrsg.) (1970). *Strukturplan für das Bildungswesen*. Stuttgart: Klett.
- Fisch, S., & Rudloff, W. (Hrsg.) (2004). *Experten und Politik: wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Berlin: Duncker & Humblot.

<sup>25</sup> In diesem Quellen- und Literaturverzeichnis sind entsprechend den bibliographischen Standards, die die ZfPäd derzeit nutzt, Archivquellen und Literatur nicht getrennt aufgeführt. Das entspricht nicht den disziplinären Standards historiographischer Beiträge. Die ZfPäd wird in Zukunft die genutzten Standards anpassen und die getrennte Auflistung ermöglichen. (Die Herausgeber\*innen des Beiheftes)



- Fleck, L. (1935/1999). *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv* (4. Aufl., Bd. 312). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fleck, L. (1936/2011). Das Problem einer Theorie des Erkennens. In S. Werner & C. Zittel (Hrsg.), *Ludwik Fleck: Denkstile und Tatsachen. Gesammelte Schriften und Zeugnisse* (S. 260–309). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Flitner, A. (22.04.1966). Man gebe ihm eine Chance. Auftakt für den Bildungsrat. *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/1966/17/man-gebe-ihm-eine-chance> [25.01.2017].
- Flitner, A. (1977). *Mißratener Fortschritt: Pädagogische Anmerkungen zur Bildungspolitik*. München: Piper.
- Frey, K. (1976). *Konstruktiver Föderalismus*. Weinheim: Beltz.
- Frey, K. (1977). Nachwort. In U. Kleemann (Hrsg.), *Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen. Eine Untersuchung zur Bildungspolitik-Beratung in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 169–176). Weinheim: Beltz.
- Führ, C. (1998). Zur Koordination der Bildungspolitik durch Bund und Länder. In C. Führ & C.-L. Furck (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Bundesrepublik Deutschland* (S. 68–86). München: C. H. Beck.
- Gerber, P. (2004). Gespräche müssen Folgen haben: Der Ettlinger Kreis als Motor der Bildungsreform. In C. Petry & H.-H. Pistor (Hrsg.), *Der lange Weg der Bildungsreform. Gisela und Hermann Freudenberg zum 80. Geburtstag. Unter Mitarbeit von Gisela Freudenberg und Hermann Freudenberg* (S. 20–33). Weinheim: Beltz.
- Glaser, E. (2015). Bildungspolitik nach 1945. Wilhelm Flitner – ein Akteur ohne Lobby? In W. Flitner, *Jugendbewegung, Erwachsenenbildung und Erziehungswissenschaft* (S. 190–201). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Hearnden, A. (1973). *Bildungspolitik in der BRD und DDR*. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag.
- Hüfner, K., & Naumann, J. (1977). *Konjunktoren der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Der Aufschwung (1960–1967)*. Stuttgart: Klett.
- Hüfner, K., Naumann, J., Köhler, H., & Pfeffer, G. (1986). *Hochkonjunktur und Flaute: Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1967–1980*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Keiner, E. (1999). *Erziehungswissenschaft 1949–1990. Eine empirische und vergleichende Untersuchung zur kommunikativen Praxis einer Disziplin im Spiegel ihrer Zeitschriften*. Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- Klausnitzer, R. (2014). Denkkollektiv oder Klüngelsystem? Wissenschaftliche Schulen im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbeobachtung. *INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, 4(3), 8–19.
- Kleemann, U. (1977). *Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen. Eine Untersuchung zur Bildungspolitik-Beratung in der Bundesrepublik Deutschland*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Knab, D. (1977). Was wollte der „Rahmenplan“? *Zeitschrift für Pädagogik*, 4(23), 601–607.
- Knab, D. (1978). Politik und Pädagogik. *Neue Sammlung: Vierteljahres-Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft*, 18(4), 306–316.
- Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern (o.J.). *Allgemeines, Aufbau des Schulwesens*. (Wü80T1-2/Bü286). Staatsarchiv, Sigmaringen.
- Leschinsky, A. (2005). Vom Bildungsrat (nach) zu PISA. Eine zeitgeschichtliche Studie zur deutschen Bildungspolitik. *Zeitschrift für Pädagogik*, 51(6), 818–839.
- Löwe, T. (2004). *Georg Picht und die Schule Birklehof in der Nachkriegszeit (1946–1955)*. Berlin.
- Pfizer, T. (1965). Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen. In L. Reinmöller (Hrsg.), *Kulturpolitik und Menschenbildung. Festschrift für P. Luchtenberg* (S. 213–235). Neuwied: Schmidt.

- Priem, K., & Glaser, E. (2002). „Hochverehrter Herr Professor!“ – „Sehr geehrter Herr Kollege!“ Rekonstruktion von Erziehungswissenschaft durch Biographik am Beispiel der Korrespondenzen Eduard Sprangers und Wilhelm Flitners. In L. Wigger (Hrsg.), *Forschungsfelder der Allgemeinen Erziehungswissenschaft* (S. 163–178). Opladen: Leske + Budrich.
- Pröbsting, G., & Pröbsting, H. (1962). *Beiträge zum Problem des Lehrermangels an den Volksschulen in den Ländern der Bundesrepublik*. Weinheim: Freudenberg.
- Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens (1966). In H. Bohnenkamp, W. Dirks & D. Knab (Hrsg.), *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen – Gesamtausgabe* (S. 59–115) Stuttgart: Klett.
- Raschert, J. (1980). Bildungspolitik im kooperativen Föderalismus. Die Entwicklung der länderübergreifenden Planung und Koordination des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. In J. Baumert (Hrsg.), *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit 1950* (S. 103–216). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Richter, I. (1965). Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen. Institutionelle Betrachtungen. *Pädagogische Rundschau*, 19(12), 622–632.
- Schneider, J. (2010). *Modernes Regieren und Konsens: Kommissionen und Beratungsregime in der deutschen Migrationspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schorb, A. O. (Hrsg.). (1960). *Für und wider den Rahmenplan*. Stuttgart: Klett.
- Schorb, A. O., & Fritzsche, V. (1966). *Schülerneuerung in der Demokratie*. Stuttgart: Klett.
- Speich Chassé, D., & Gugerli, D. (2012). Wissensgeschichte. Eine Standortbestimmung. *Wissensgeschichte. Eine Standortbestimmung, traverse – Zeitschrift für Geschichte*, (1), 85–100.
- Tenorth, H.-E. (1996). Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft zwischen Politik, Pädagogik und Forschung. In G. Geißler & G. Böhme (Hrsg.), *Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme* (S. 113–135). Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Tenorth, H.-E. (2014). Politikberatung und Wandel der Expertenrolle oder: Die Expertise der Erziehungswissenschaft. In R. Fatke & J. Oelkers (Hrsg.), *Das Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft: Geschichte und Gegenwart* (60. Beiheft Zeitschrift für Pädagogik, S. 139–171). Weinheim: Beltz.
- Tollkötter, B. (1966). *Bildungsmaßnahmen in der Wirtschaft. Eine Untersuchung des Ettlinger Kreises über zusätzliche Bildungseinrichtungen in Industrie und Handel*. Weinheim: Beltz
- Unterlagen bis zur Konstituierung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen am 22. Sept. 1953 (1951–1953)*. Nachlass Eugen Löffler (Q1/20-Bü 7). Hauptstaatsarchiv, Stuttgart.
- vbw = Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.). (2015). *Bildung. Mehr als Fachlichkeit. Gutachten*. Münster: Waxmann. [http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Gutachten\\_2015\\_Internet.pdf](http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Gutachten_2015_Internet.pdf) [12.02.2017].
- Vogel, J. (2004). Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für die Historisierung der „Wissensgesellschaft“. *Geschichte und Gesellschaft*, 30(4), 639–660.
- Vogel, P. (1989). Zur Rekonstruktion pädagogischer Wissenschaftsformen. In P. Zedler & E. König (Hrsg.), *Rekonstruktionen pädagogischer Wissenschaftsgeschichte. Fallstudien, Ansätze, Perspektive*. (S. 429–445). Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- von Hentig, H. (1965). *Die Schule im Regelkreis: ein neues Modell für das Problem der Erziehung und Bildung*. Stuttgart: Klett.
- von Zühlsdorff, V. (11.02.1954). Vorstoß der Föderalisten – Ministerpräsidentenkonferenz als ständige Einrichtung. *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/1954/06/vorstoss-der-foederalisten> [25.01.2017].

Weinheimer Entschließung einer Arbeitstagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V. Mannheim vom 22./24. November 1951. (1953). In *Neue Wege für die Schule. Beiträge zur Neuordnung von Schulaufbau, Berufsschule und Lehrerbildung*. Mannheim: Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten.

Zur Diskussion des Rahmenplans – Kritik und Antwort (1960/1966). In H. Bohnenkamp, W. Dirks & D. Knab (Hrsg.), *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen – Gesamtausgabe* (S. 117–219) Stuttgart: Klett.

**Abstract:** This article focuses on the work of the ‘Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen’ (German Committee on the Education System), which was the first educational consultancy committee in the young federal republic. Drawing on Ludwig Fleck’s ‘Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv’ and using a history-of-knowledge perspective, the internal relations of the committee’s work, the circulation of knowledge and the representation to external parties are analysed by taking minutes as an exemplary source. The guiding question asks about the role of politics for the implementation of pedagogical knowledge.

**Keywords:** History of Educational Research, Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, Framework, Educational Policy Consultancy

#### **Anschrift der Autorin**

Prof. Dr. Edith Glaser, Universität Kassel,  
 Fachbereich Humanwissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft,  
 Nora-Platiel-Str. 1, 34109 Kassel, Deutschland  
 E-Mail: eglaser@uni-kassel.de